DV aktuell

3/2025

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Erneuern. Ausbauen. Stärken. Zukunftsfähige Infrastrukturen integriert entwickeln

© Michael Wendt, Offenblende

Die Erneuerung und Transformation kommunaler Infrastrukturen gehört zu den größten Zukunftsaufgaben in Deutschland. Vor dem Hintergrund des umfassenden Infrastrukturpakets des Bundes diskutierten die Teilnehmenden der Jahrestagung des DV am 2. Oktober 2025 in der Landesvertretung des Freistaates Bayern beim Bund in Berlin die zentrale Frage: Wie lassen sich städtische und regionale Infrastrukturen nachhaltig, integriert und zukunftsfähig entwickeln und ausbauen? DV-Präsident Guido Beermann betonte in seiner Eröffnungsrede: „Infrastrukturen sind mehr als Bauten und Technik – sie schaffen Lebensqualität, ermöglichen Teilhabe und bilden die Grundlage für resiliente Städte und eine lebendige Demokratie."

Integrierte Infrastrukturentwicklung als Schlüssel

Im Zentrum der Tagung standen die Herausforderungen und Chancen einer integrierten Infrastrukturentwicklung – von der Quartiersebene bis zur Stadtregion. Diskutiert wurden Themen wie nachhaltige Mobilität, die Aufwertung öffentlicher Räume, soziale, kulturelle und Bildungsinfrastrukturen, grüne und blaue Infrastrukturen sowie die Transformation der Energieversorgung im Zuge der Wärmewende. Die Teilnehmenden unterstrichen die Notwendigkeit strategischer Flächenvorsorge, multifunktionaler Nutzung, ämterübergreifender Steuerung und Beteiligung sowie verlässlicher und gebündelter Finanzierungsinstrumente.

Mehr Tempo, geringere Baukosten, höhere Sichtbarkeit

Baustaatssekretärin Sabine Poschmann hob hervor, dass die Bundesregierung – neben dem massiven Ausbau der Infrastrukturinvestitionen – mit Hochdruck daran arbeite, Planungs- und Bauprozesse zu beschleu-

IN DIESER AUSGABE

Zwischen Quote und Option: Wie sicher bleibt EU-Förderung für Stadtentwicklung nach 2027?	Seite 4
Europa in Quartieren – Zusammenarbeit als Schlüssel für nachhaltige Stadtentwicklung	Seite 5
Baustelle Transformation: Strategien für Stadt und Land	Seite 6
AG Städtebau/Raumordnung: Wirksamkeit der Städtebauförderung	Seite 7

AUTOR

Christian Huttenloher ist Generalsekretär und Vorstandsmitglied des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

nigen und Kosten zu senken. „Angesichts multipler Krisen müssen Infrastrukturmaßnahmen schneller und effizienter umgesetzt werden. Dafür setzen wir auf den ‚Bauturbo', den Abbau überholter Standards und die Vereinfachung von Verfahren", so Poschmann. Auch Thomas Gloßner, Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bauen und Verkehr, unterstrich, dass die mit dem Sondervermögen nun machbaren Investitionen rasch und sichtbar für die Menschen vor Ort erfolgen müssen. Denn funktionierende Infrastruktur habe auch eine zentrale Bedeutung für unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt.

Integrierte Planung und flexible Förderung

Jan Hendrik Trapp vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) betonte die wachsende Bedeutung integrierter Planung angesichts technischer Vielfalt und komplexer Steuerungsprozesse. „Multifunktionalität auf Quartiersebene muss künftig stärker in den Fokus rücken."

In der Podiumsdiskussion wurde deutlich: Die Herausforderungen reichen von Flächenknappheit in Metropolen bis zu personellen Engpässen in kleineren Kommunen. Meike Heckenroth der empirica AG unterstrich die Rolle des öffentlichen Raums als soziale Infrastruktur, die den Zusammenhalt stärkt. Ein zentrales Anliegen der Diskussionsteilnehmenen war die Forderung nach flexibleren und einfacheren Förderverfahren.

Praxisbeispiele: Vielfalt integrierter Ansätze

In Kurzimpulsen wurden erfolgreiche Projekte vorgestellt:

- Jörg Franzen, Vorstandsvorsitzender der Berliner GESOBAU AG, zeigte mit dem Vorhaben „Zukunft Märkisches Viertel", wie Infrastruktur gerade auch in modernisierten Grosssiedlungen zentrale Bedeutung für Klimaschutz, Mobilität, Digitalisierung und soziale Teilhabe hat.
- Der Jenaer Baudezernent Dirk Lange sprach über die Wärmewende und die Vernetzung von Großprojekten. Anstelle von unrealistischen Zielsetzungen und daraus resultierenden hektischen und verunsichernden Maßnahmenplanungen lautete sein Appell: „Panic slowly – am Ende müssen die Ergebnisse gut sein und funktionieren."
- Prof. Oliver Weigel, Geschäftsführer der IBA München, stellte mit der Internationalen Bauausstellung zum Thema „Räume der Mobilität" ein innovatives Governance-Modell vor, das Stadt und Umland in der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung zusammenführt und in der gesamten Region zukunftsweisende Vorhaben realisiert.

Priorisierung, wirtschaftliche und soziale Wirkung

Dr. Frank Burlein von der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH präsentierte Ergebnisse einer Studie zur Wirkung der Städtebauförderung auf Wirtschaft, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Angesichts der geplanten Verdopplung der Bundesmittel sei es entscheidend, Kommunen einen verlässlichen Förderrahmen zu bieten.

Dr. Christian Schneider vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg plädierte für eine Priorisierung der Mittel auf wirkungsvolle Investitionen: „Nicht alles Wünschenswerte ist machbar – wir brauchen wieder eine Idee für Stadt und Land und Menschen, die diese Idee tragen."

Auch Bundestagsabgeordneter Lars Stüwe betonte: „Politik muss Haltung zeigen. Investitionen sind integraler Bestandteil eines funktionierenden Gemeinwesens."

Dr. Christian Lieberknecht vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. verwies auf die Bedeutung lokaler Infrastrukturen für stabile Quartiere und warnte vor Überdramatisierung: „Wir müssen Herausforderungen erkennen, aber mit klarem Blick und konsequentem Handeln angehen."

Fazit: Infrastruktur weiterdenken und langfristig verlässlich fördern

Die Tagung machte deutlich: Infrastrukturentwicklung braucht mehr als Investitionen. Entscheidend sind Vernetzung, Kooperation und Beteiligung. Förderprogramme müssen klar strukturiert, gebündelt und langfristig verlässlich sein, um steigende Baukosten, Personalengpässe und komplexe Genehmigungsverfahren zu bewältigen. Integrierte Planung, die städtebauliche Qualität, Energie- und Klimathemen sowie soziale Aspekte berücksichtigt, bleibt ein zentraler Hebel für nachhaltige Quartiere und sozialen Zusammenhalt.

Transformation von Großimmobilien: Stadthof Hanau

Im letzten Fachworkshop zur Transformation von Großimmobilien der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ am 28. Oktober 2025 steht der Stadthof Hanau im Fokus. Gemeinsam wird diskutiert, wie innerstädtische Gebäude zu multifunktionalen „Dritten Orten“ mit kulturell-kreativen und gemeinwesenorientierten Nutzungen werden können und welche Rolle Kommunen dabei spielen.

Mehr Informationen hier:

Generationenfrage Gemeinwohl: Aktivierende Kleinstadtentwicklung

Die 4. Sitzung des Dialogformats findet am 26. November 2025 in Kooperation mit der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ und der Kleinstadt Akademie statt. Im Mittelpunkt stehen die besonderen Herausforderungen und Potenziale von Kleinstädten: begrenzte Ressourcen, geringe Sichtbarkeit und die Notwendigkeit, lokale Initiativen langfristig zu stärken.

Die Anmeldung ist unter folgendem Link möglich:

Nationaler URBACT-Dialog

Am 12. November 2025 lädt die Kontaktstelle für URBACT und EUI in Düsseldorf Kommunen ein, URBACT und europäische Vernetzungsmöglichkeiten kennenzulernen. In Workshops und Inputs wird gezeigt, wie politische Akteure eingebunden und Methoden des Storytellings genutzt werden können, um klimagerechte Stadtentwicklung anschaulich und überzeugend zu vermitteln. Die Veranstaltung ist an das Treffen des Deutsch-Österreichischen Urban-Netzwerks zu Grün und Natur in Städten angebunden. Eine Exkursion zeigt, wie URBACT in Garath zu einer integrierten, grünen und sozialen Stadtentwicklung beiträgt.

Mehr Informationen und zur Anmeldung:

Abschlusskonferenz „Meine Stadt der Zukunft“

Sechs Jahre „Meine Stadt der Zukunft“: 15 Modellvorhaben in Brandenburg erprobten Strategien für Klimaanpassung, digitale Transformation und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Auf der Abschlusskonferenz am 27. November 2025 in Potsdam werden Ergebnisse, Erkenntnisse und konkrete Impulse für die zukünftige Stadtentwicklung vorgestellt und diskutiert.

Mehr Infos hier:

Zwischen Quote und Option: Wie sicher bleibt EU-Förderung für Stadtentwicklung nach 2027?

Die Vorschläge der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 markieren einen Wendepunkt für die Struktur- und Kohäsionspolitik. Erstmals war 2021–2027 verbindlich Geld für nachhaltige Stadtentwicklung reserviert; dieses Privileg soll entfallen. Die städtische Dimension bliebe zwar Bestandteil „integrierter territorialer Strategien", wäre aber nicht mehr durch einen festen Anteil gesichert. Nationale Partnerschaftsvereinbarungen würden weiterhin mit der Kommission verhandelt, doch die neu diskutierten Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) definieren bislang nicht die Rolle der Bundesländer. Verlässlicher EU-Zugang für Städte hinge damit stärker von politischen Entscheidungen in Mitgliedstaaten und Regionen ab.

Von Quoten zu Optionen: Aktuell sind mindestens acht Prozent des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) national für nachhaltige Stadtentwicklung zu reservieren. Das gab Ländern Verantwortung und Planungssicherheit. Künftig entfällt die Mittelbindung. Artikel 75 des Entwurfs nennt „integrierte territoriale und städtische Entwicklung", überlässt den Einsatz territorialer Instrumente (ITI, CLLD und andere) aber vollständig innerstaatlichen Aushandlungen. Städte werden damit abhängiger vom nationalen Prozess. Zudem werden unterschiedliche EU-Fonds von Strukturfonds, über Direktzahlungen and Landwirte bis zu Sicherheit und Verteidigung in einer Fördersäule zusammengefasst und die Mitgliedstaaten entscheiden, wie viele Mittels sie auf welche Handlungsfelder verwenden wollen.

Territorialität als Rahmen: Integrierte territoriale Strategien sollen weiter auf Stadt, Land, Küsten, Inseln und funktionale Räume angewendet werden – ihre Nutzung bleibt optional.

Rolle der Bundesländer: Die Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne werden zur Weichenstellung. Sie legen fest, welche Prioritäten Deutschland verfolgt und ob die städtische Dimension sichtbar bleibt. Länder verhandeln mit dem Bund die Inhalte und verantworten die Umsetzung. Unsicherheit entsteht, weil die bisherige EU-Absicherung entfällt und künftige Gewichtungen (ökologische Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, ländliche Entwicklung, Städteregionen) politisch variieren können. Städte und Regionen müssen ihre Interessen stärker in föderale Verhandlungen einbringen.

Implikationen: Ob nach 2027 ausreichend Mittel für nachhaltige Stadtentwicklung bereitstehen, hängt weniger von EU-Vorgaben als von Entscheidungen in Berlin und den Ländern ab. Es droht, dass Stadtentwicklung zwar erwähnt wird, aber ohne ausreichende Budgets bleibt – zumal sinkende EU-Mittelvolumina den Verwaltungsaufwand schwerer rechtfertigen. Kommunen stehen doppelt unter Druck: auf EU-Ebene durch Wegfall verbindlicher Quoten, national durch divergierende Prioritäten. Zugleich eröffnen sich Chancen für passgenaue, regional differenzierte Ansätze – etwa in Metropolräumen, Grenzregionen oder Städten im Strukturwandel.

Ausblick

Mit der Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags ist der Startpunkt gesetzt. Parlament und Rat entwickeln nun ihre Positionen. MFR-Verhandlungen dauern erfahrungsgemäß 18–24 Monate. Ziel ist eine Einigung bis Ende 2027, damit der neue Mehrjährige Finanzrahmen 2028 ohne Verzögerung beginnen kann. Das Parlament unterstützt traditionell stärkere Verbindlichkeit der territorialen Dimension, der Rat pocht eher auf Flexibilität. Ob in den Trilog-Verhandlungen eine Mindestabsicherung für Städte oder klare Anforderungen an Partnerschaftspläne verankert werden, entscheidet sich in diesem Prozess.

Die Zukunft der städtischen Dimension hängt vom Kräfteverhältnis in den EU-Institutionen und von national-länderspezifischen Prioritäten ab. Kommunen und Länder sollten ihre Positionen frühzeitig in Brüssel, Berlin und den Landeshauptstädten einbringen, um Sichtbarkeit, Mittel und Instrumente der integrierten Stadtentwicklung für 2028–2034 zu sichern.

ANSPRECHPARTNER:INNEN
Dr. René Peter Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org
Linn Sophie Tramm | l.tramm@deutscher-verband.org

EU-Zusammenarbeit stärkt nachhaltige Stadtentwicklung

„Europa muss lokal verankert werden", betonte Dr. Olaf Joachim, Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) zur Eröffnung der Europa-Arena beim Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Rostock. Rund 80 Teilnehmende diskutierten, wie europäische Zusammenarbeit zu nachhaltigen, gerechten und produktiven Städten beitragen kann.

Organisiert vom DV als nationale Kontaktstelle für URBACT und die Europäische Stadtinitiative (EUI) in Zusammenarbeit mit dem BMWSB, zeigte die Veranstaltung, wie EU-Förderung Impulse vor Ort ermöglicht. Europäische Programme helfen Städten aller Größen, neue Wege in der Stadtentwicklung zu gehen.

Drei Beispiele zeigen, wie das in der Praxis aussieht: Die französische Kleinstadt Mouans-Sartoux setzt mit URBACT auf lokale Ernährungssouveränität. In Löbau in Sachsen wird eine ehemalige Nudelfabrik mit URBACT-Unterstützung zum Ort der Begegnung. Und in Turku in Finnland entstehen durch die EUI Biodiversitätsparks als Räume für Umweltbildung und Teilhabe.

Im anschließenden Panel waren sich die Europaabgeordnete Sabrina Repp, Ansvera Scharenberg aus dem Ministerium für Inneres und Bau Mecklenburg-Vorpommern und EUI- und URBACT-Experte Nils Scheffler einig: Europa braucht eine starke Kohäsionspolitik, die regionale Stärken nutzt, ländliche Räume stärkt und den Austausch zwischen Kommunen erleichtert. So entstehen Innovationen, die über einzelne Projekte hinauswirken.

Die Europa-Arena machte deutlich: Europa lebt in den Städten und gemeinsames Handeln ist der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft. Zum Abschluss wurde Europa ganz konkret erlebbar: Bei der Exkursion über den Campus Südstadt Rostock zeigte sich, wie Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) nachhaltiges, energieeffizientes und grünes Bauen ermöglichen.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

Lilian Krischer | l.krischer@deutscher-verband.org
Dr. René Peter Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org

Die territoriale Dimension der EU-Kohäsionspolitik 2028–2034

Am 16. Oktober 2025 lud der DV zur Konferenz „The Territorial Dimension in the EU-Cohesion Policy" in die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel. Die Veranstaltung im Rahmen der European Week of Regions and Cities richtete sich an EU-Institutionen, Länder- und Regionalvertretungen sowie die Fachöffentlichkeit.

Im Zentrum stand die neue DV-Studie „Die territoriale Dimension der EU-Strukturpolitik in Deutschland: Analyse, Bewertung und Handlungsempfehlungen für 2028–2034", die gemeinsam mit dem Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) im Programm Region gestalten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) erarbeitet wurde. Sie zeigt, wie integrierte, ortsbezogene Ansätze, u. a. ITI, CLLD und andere territoriale Instrumente, wirken, wo Umsetzungshemmnisse liegen und wie Verfahren vereinfacht werden können. Empfohlen werden flexible Raumkulissen jenseits starrer Verwaltungsgrenzen, klare Budgets in stärker entwickelten Regionen höhere EU-Kofinanzierungssätze für integrierte Territorialansätze.

Die Debatte ist hochaktuell, denn parallel zur Ausarbeitung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2028–2034 und zur Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik geht es darum, wie die territoriale Dimension künftig gesichert und gestärkt wird – von der Verankerung in künftigen Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne (NRPP) bis zur Rolle integrierter Strategien. In Brüssel wurden zentrale Studienergebnisse und Praxisbeispiele aus Regionen aus ganz Europa vorgestellt. Ein Ausblickspanel mit Vertreter:innen von EU-Institutionen, Bund und dem Ausschuss für Regionen diskutierten Chancen und Risiken für die nächste Förderperiode.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

Dr. René Peter Hohmann | r.hohmann@deutscher-verband.org
Linn Sophie Tramm | l.tramm@deutscher-verband.org

Baustelle Transformation: Strategien für Stadt und Land

Für eine ökologische und soziale Transformation des Bestands sind Akzeptanz und Engagement der Bevölkerung unerlässlich. Anhand von Transformationsprojekten in Stadt und Land präsentierten die Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier" und der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA am 16. September 2025 auf dem diesjährigen Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik in Rostock in zwei Gesprächsrunden ausgewählte gemeinwohlorientierte Strategien.

In Aachen befindet sich die Transformation einer innerstädtischen Fläche eines ehemaligen Parkhauses derzeit in vollem Gange: Auf zwei Hektar werden im Altstadtquartier Büchel sowohl Freifläche als auch Randbebauung entwickelt. Nach einer erfolgreichen Zwischennutzungsphase, die ein hohes Maß an Offenheit, Pragmatismus und Kuration erforderte, steht nun der abschließende Umbau des Quartiers bevor. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Aachener Projekt ist die eigens für die Quartiersentwicklung gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft. Diese übernimmt intermediäre Aufgaben und bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen den beteiligten Akteursgruppen. Neben der Kommunalverwaltung gehören dazu vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen. Ihr Engagement stellt ein zentrales Element des Transformationsprozesses dar. Daher wurden sie gleich zu Beginn im Rahmen eines offenen Verfahrens dazu ermutigt, ihre Ideen für den Büchel einzubringen. Über verschiedene Formate entstand so eine engagierte Gruppe, die bis heute am Standort aktiv ist.

Mit der Innenstadtstrategie „Zukunftskonzept Innenstadt" wurde in Offenbach ebenfalls ein entscheidender Transformationsprozess angestoßen. Die Strategie wurde gemeinsam von der Stadt, der Offenbacher Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie dem Verein „Offenbach offensiv" erarbeitet und finanziert. Diese Partnerschaft bildet zugleich das Fundament für die Umsetzung der Strategie. Die IHK übernimmt dabei eine stabilisierende Rolle, indem sie auch über Wahlperioden hinweg den politischen Fokus aufrechterhält und so Verlässlichkeit für die beteiligten Akteursgruppen schafft. Über die im Konzept definierten Projekte ist es gelungen, neue Akteure aus der Zivilgesellschaft sowie der lokalen Kunst- und Kreativszene in den Prozess einzubinden. Das Beispiel Offenbach zeigt, dass es bei Transformationsprozessen nicht nur darauf ankommt, Konzepte zu Papier zu bringen, sondern vor allem darauf, langfristig partnerschaftliche Strukturen zu etablieren, die eine konsequente Umsetzung tatsächlich ermöglichen.

Anhand des Schulumbaus in Dettmansdorf in Mecklenburg-Vorpommern sowie der Initiative Stadt als Campus Sachsen-Anhalt wurde zudem deutlich, wie Transformationsprozesse im ländlichen Raum erfolgreich umgesetzt werden können. Die Projekte zeigen, wie aktivierende Stadtentwicklung Orte revitalisieren und neue Lern-, Begegnungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die lokale Gemeinschaft eröffnet.

Die Gesprächsrunden zeigten, dass sich städtische und ländliche Transformationsprozesse inhaltlich ähneln, aber strukturell unterscheiden: In Städten sind mehr Akteure beteiligt, was Kooperation erschwert, während auf dem Land oft Einzelpersonen Verantwortung tragen. Beide profitieren von einem schrittweisen, experimentellen Vorgehen statt schnellen Komplettlösungen. Transformation erfordert Mut, Vorbilder und Menschen, die aufeinander zugehen, zuhören und verschiedene Rollen übernehmen. Für Akzeptanz vor Ort ist es wichtig, die Beteiligten aktiv mitzunehmen.

ANSPRECHPARTNER:INNEN
Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org
Marie Preuß | m.preuß@deutscher-verband.org

© Yaqin Si

AG Städtebau/Raumordnung: Wirksamkeit der Städtebauförderung

Die AG Städtebau/Raumordnung thematisierte am 25. September 2025 die Wirksamkeit der Städtebauförderung. Ausgangspunkt war eine aktuelle Studie, die vom Bundesverband DIE STADTENTWICKLER beauftragt und durch DIW Econ durchgeführt wurde. Diese analysiert systematisch ökonomische und gesellschaftspolitische Effekte der Städtebauförderung. Im Fokus stehen drei Handlungsfelder: die Schaffung von Wohnraum, die lokale Beschäftigung sowie der gesellschaftliche Mehrwert durch Gemeinwohlorientierung, Teilhabe und demokratische Stabilisierung. Neben den Ergebnissen der Studie wurden auch Praxisbeispiele sowie die Perspektiven von Bund, Ländern und Kommunen vorgestellt, um herauszuarbeiten, wie die Städtebauförderung auf lokale und regionale Herausforderungen reagieren kann. Die Sitzung leitete erstmals Dr. Frank Friesecke, Geschäftsführer der STEG Stadtentwicklung GmbH, der im Sommer 2025 die AG von Frau Prof. Elke Pahl-Weber übernommen hat.

Vielfältige Wirkungen der Städtebauförderung

Die Diskussionen verdeutlichten, dass die Städtebauförderung ein zentrales Leitprogramm der Stadtentwicklung ist. Gerade finanzschwache Kommunen könnten ohne sie kaum Investitionen in Quartiere umsetzen. Die Förderung entfaltet vielfältige positive Effekte: Sie unterstützt die Schaffung von Wohnraum, belebt die lokale Wirtschaft durch Beschäftigungseffekte und trägt zur sozialen und demokratischen Stabilisierung von Quartieren bei. So können beispielsweise Leerstände und brachliegende innerstädtische Flächen reaktiviert werden, wodurch indirekt zusätzlicher Wohnraum entsteht und städtebauliche Risiken reduziert werden. Praxisbeispiele aus Brandenburg, Bayern und Schleswig-Holstein zeigten zudem, dass die Förderung auch eng mit der Wohnraumförderung verzahnt werden kann. Die hohe Wirksamkeit der Städtebauförderung ist ein Ergebnis jahrzehntelanger Stadtentwicklungsarbeit, erfolgreichem Wissenstransfer sowie der gemeinsamen Leistung von Bund, Land und Kommunen.

Herausforderungen bestehen trotz angekündigter Verdopplung

Der Koalitionsvertrag sieht eine Verdopplung der Bundesmittel vor, eine Maßnahme, die von allen Beteiligten als positives Signal bewertet wurde. Gleichzeitig wurden in den Beiträgen Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung deutlich. Die kommunalen Eigenanteile stellen-insbesondere kleinere Kommunen vor Probleme, da viele Haushalte dies nicht leisten können. Zudem übersteigen die beantragten Mittel vielfach die verfügbaren Fördermittel. Dies führt zu Verzögerungen, Unsicherheiten und teilweise zu Frustration sowohl in der Kommunalpolitik als auch bei den Bürger:innen, die nach Beteiligungsphasen auf eine Umsetzung warten. Auch organisatorische Rahmenbedingungen wie festgeschriebene Jahresscheiben bei der Mittelbewilligung oder Einschränkungen bei der Förderfähigkeit von Klimaanpassungsmaßnahmen erschweren die praktische Umsetzung. Interkommunale Kooperationen, wie das Beispiel der „Collmregion" in Sachsen zeigt, können hier neue Wege eröffnen: Durch gemeinsame Anträge lassen sich Mindestgrößenanforderungen überwinden und Projekte effizienter umsetzen, während Kooperationsvereinbarungen die partnerschaftliche Zusammenarbeit sichern.

ANSPRECHPARTNERIN
Kathrin Senner | k.senner@deutscher-verband.org

© Smileus, Fotolia.com

Caro Antonia Wulf und Alexandra Beer verlassen den DV

Alexandra Beer, Projektkoordinatorin beim DV seit 2018 verlässt den DV Ende Oktober. Frau Beer studierte Stadtplanung an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen und an der University of Westminister in London. Beim DV war sie zuletzt u. a. für das Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und „Meine Stadt der Zukunft" tätig. Davor koordinierte sie das Interreg-Projekt „Peripheral Access" zur Mobilität im ländlichen Raum und wirkte am Runden Tisch „Neue Impulse für nachhaltigen Klimaschutz im Gebäudebestand" mit.

Alexandra Beer
© Lidia Tirri

Caro Antonia Wulf
© Lidia Tirri

Die Projektkoordinatorin Caro Antonia Wulf verlässt den DV Mitte November nach vier Jahren. Die studierte Stadt- und Regionalplanerin war zuletzt unter anderem in der Begleitagentur des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" tätig und engagierte sich bei der Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier", wo sie den Schwerpunkt Transformation von Großimmobilien verantwortete. Zudem koordinierte sie das Dialogformat „Generationenfrage Gemeinwohl", das den Austausch über Disziplinen und Generationen hinweg zu Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in der Stadtentwicklung fördert.

Wir wünschen Euch beiden alles Gute für die Zukunft!

Unseren studentischen Hilfskräfte in Brüssel und Berlin

Unser Team wird tatkräftig durch studentische Mitarbeitende unterstützt. Derzeit sind in Berlin und Brüssel drei Werkstudentinnen tätig:

Friederike Kamm,
© Privat

Friederike Kamm arbeitet seit September 2025 beim DV in Brüssel und studiert dort Urban Studies im Master. Ihren Bachelor absolvierte sie in Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar mit einem Auslandsjahr in Venedig. Beim DV liegt ihr Schwerpunkt auf der EU-Förderung für nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung.

Dorothea Löffler
© Privat

Dorothea Löffler arbeitet seit Oktober 2025 beim DV in Berlin. Sie studiert im Master Urbane Geographien an der HU Berlin, nachdem sie zunächst Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin studierte. Ein Auslandssemester absolvierte sie in Korea. Beim DV unterstützt sie vor allem die Initiative „Meine Stadt der Zukunft" des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung Brandenburg.

Merle Dreesen
© Privat

Merle Dreessen unterstützt bereits seit Oktober 2024 neben ihrem Master „Urbane Zukunft" in Potsdam das DV-Team in der Öffentlichkeitsarbeit sowie bei Projekten zu integrierter und gemeinwesenorientierter Stadtentwicklung. Sie studierte Umweltwissenschaften in Lüneburg und Mexiko-Stadt mit Schwerpunkt nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung.

NEUES MITGLIED

Hofheimer Wohnungsbau GmbH,
vertreten durch Norman Diehl (Vorsitzender der Geschäftsführung)

Wir heißen unser neues Mitglied herzlich willkommen und wünschen eine gute Zusammenarbeit!

IMPRESSUM: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. | Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250 | Fax +49 (0)30 20613251 | info@deutscher-verband.org | www.deutscher-verband.org